

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

Ein Postangestellter, der sich mit den Aufständischen des 17. Juni 1953 auf einer Baustelle in Groß Dölln solidarisiert und gegen die Regierung geäußert hatte, wurde wegen "Boykotthetze" angeklagt und durch das Bezirksgericht Neubrandenburg zu drei Jahren Haft verurteilt.

Der Bezirk Neubrandenburg war wie die anderen Bezirke im Norden auch kein Zentrum des Volksaufstandes. Ein wichtiger Grund hierfür war die agrarisch geprägte Struktur Mecklenburgs. Zudem gelangten die Nachrichten aus dem Süden der DDR nur langsam bis zur Bevölkerung im Norden. Polizei, MfS und SED waren hier ausnahmsweise besser informiert und konnten sich auf Unruhen vorbereiten.

Trotzdem kam es vereinzelt zu Unruhen. Im Bezirk Neubrandenburg kam es in 29 Städten und Gemeinden zu Aktionen, die von Streiks über Demonstrationen bis hin zu Versuchen reichten, politische Gefangene zu befreien. Einzelne Aktionen wie Forderungen nach Auflösung der LPG (Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft), die Abnahme von Bildern führender Mitglieder der Staats- und Parteiführung an öffentliche Stellen oder Solidaritätskundgebungen mit den streikenden Arbeitern und Bauern führten zu Verhaftungen und Verurteilungen.

Am Abend des 17. Juni 1953 legten die Arbeiter auf der Großbaustelle des Flugplatzes in Groß Dölln die Arbeit nieder und stellten politische Forderungen auf. Ein Postangestellter, der sich mit den Aufständischen solidarisiert und gegen die Regierung geäußert hatte, wurde wegen "Boykottthetze" angeklagt und durch das Bezirksgericht Neubrandenburg zu drei Jahren Haft verurteilt.

Signatur: BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU, Nr. 76/53, Bd. 2, Bl. 48-51

Metadaten

Diensteinheit: Staatsanwalt des Bezirkes Neubrandenburg

Datum: 30.6.1953

Überlieferungsform: Dokument

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

44

Staatsanwalt
des Bezirkes Neubrandenburg

Neubrandenburg, den 30. 6. 1953

Pasewalker Straße
Telefon 386 und 395

I 220/53

H a f t s a c h e l

An das
Bezirksgericht
1. Strasenat
Neubrandenburg

BStU
000048

Eingang 2. 7. 1953
Bezirksgericht
Neubrandenburg (Dr.)

A n k l a g e s c h r i f t
(Anklageverfasser St. A. Wagner)

Ich klage an,
den Postangestellten [REDACTED] geb. am
[REDACTED] in Frankfurt/Oder, wohnhaft Templin, [REDACTED]
[REDACTED], ledig, deutsche Staatsangehörigkeit, angeblich nicht vorbestraft, in dieser Sache in U-Haft seit dem 23.6.1953 in der U-Haftanstalt Neustrelitz,
zu Gross-Dölln am 18.bzw. 19.6.1953
Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen, sowie Völkerhass bekundet, in Verbindung damit durch Propaganda für den Nationalsozialismus oder Militarismus, sowie durch Erfindung und Verbreitung tendenziöser Gerüchte den Frieden des deutschen Volkes oder den Frieden der Welt gefährdet zu haben.
Er hat gelegentlich der Arbeitsniederlegung verschiedener Werktätiger in Gr. Dölln den Standpunkt vertreten, dass sich die Regierung fügen müsse, wenn die Werktätigen nicht wollen und dabei betont, dass es richtig sei, wenn die Arbeiter endlich aufgestanden sind, um sich von der Unterdrückung zu befreien. Er betonte weiter, dass niemand das Recht habe, die Arbeiter zur Arbeit aufzufordern, denn wen der Ausnahmezustand verhängt sei, bestehe auch keine Regierung mehr, es müssten gesamtdeutsche Wahlen zu mindestens durchgeführt werden und die Arbeiter, die die Arbeit wieder aufnehmen würden den in Berlin streikenden Arbeitern in den Rücken fallen. Er betonte darüberhinaus, dass die SED

Folter II/12/13 Bl 585 - 53

Signatur: BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU, Nr. 76/53, Bd. 2, Bl. 48-51

Blatt 48

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

45
Blatt 2 ..

bei der nächsten Wahl nicht soviel Stimmen erhalten werde, wie sie an Mitgliedern zählt und dass die Besatzungstruppen abziehen sollen, damit die Werktätigen endlich vernünftig leben können. Darüberhinaus äusserste er weiter, dass die Rote Armee in Berlin die Arbeiter niederschiesse.

- Verbrechen bzw. Vergehen nach Art. 6 der Verfassung in Verbindung mit der K.D. 38m Abschn. II ART. IIIAIII

Beweismittel: a) Einlassungen des Beschuldigten
b) Zeugen:
1. [REDACTED], Bl. 26 d.A. Templin
2. [REDACTED] [REDACTED]
3. [REDACTED]
4. [REDACTED], [REDACTED]
Bau-Munion Brandenburg, Objekt Gr. Dölln.

Wesentliches Ermittlungsergebnis

Der Beschuldigte wurde als Sohn eines Arbeiters geboren. Von 1935 bis 1943 besuchte er die Volksschule. Dann trat er als Lehrling bei der Post in die Lehre. Infolge des wiederholt notwendig gewesenen Wohnungswechsels in den Jahren 1944 bis 1945 konnte er die Lehre nicht beenden. Nach der Kapitulation arbeitete er im Getreidespeicher in der Stadt Namnhof bis Oktober 1945. Alsdann kehrte er nach Frankfurt an der Oder zurück. Nach Verrichtung verschiedener Gelegenheitsarbeiten begann er seine Laufbahn bei der Post weiter und machte im September 1946 seine Prüfung. Bis September 1951 war er bei der Post in Frankfurt Oder angestellt. Alsdann erfolgte sein Einsatz als [REDACTED] bei der [REDACTED] in Frankfurt/Oder. Ende Juni 1952 wurde er entlassen, da er sich einer Werbung für die VP gegenüber ablehnend verhielt. Wie er Bl. 15 d.A. erklärt, hatte er sich zum Grundsatz gemacht, niemals ein Gewehr in die Hand zu nehmen, ganzgleich für welchen Zweck bzw. für welches Ziel. Er begann alsdann eine Tätigkeit als Tiefbauarbeiter bei der [REDACTED] Rostock. Im November 1952 wechselte er erneut seine Stellung und betätigte sich im Kreise Templin im Strassenbau. Angeblich wegen Fröste wurde er am 10. Januar 1953 entlassen. Etwa 5 Tage später erfolgte seine Einstellung als Angestellter bei der Post in Templin. In dieser Stellung hatte er mit 14 tägigem Wechsel den Postschalter im Objekt [REDACTED] zu versehen. Diese Tätigkeit übte er bis zu seiner Festnahme aus. Von März 1950 - Juni 1952 war der Beschuldigte Kandidat der SED.

Zur Sache

In den letzten Monaten haben die Völker des Friedens eine gewaltige Anwachsen der Kräfte des Friedenslagers zu verzeichnen gehabt. In Korea steht der Waffenstillstand bevor. In Italien errang das Volk einen grossen Sieg über die Reaktion. In England und Frankreich wächst der Widerstand gegen die Teilnahme an der amerikanischen Kriegspolitik. In Westdeutschland kämpfen die Patrioten für die Wiedervereinigung Deutschlands. Infolge dieser Umstände sind die amerikanischen und deutschen Kriegstreiber in eine schwere Lage geraten. Sie erkennen, das Scheitern ihrer Pläne. Der von ihnen möglichst rasch zu entfesseln de 3. Weltkrieg rückt in die Ferne. In dieser Beunruhigung greifen sie zu abenteuerlichen, ja verbrecherischen Massnahmen. Eine dieser Mass- ist die Festsetzung des Tages X, an dem sie von Berlin aus die Deut-

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes

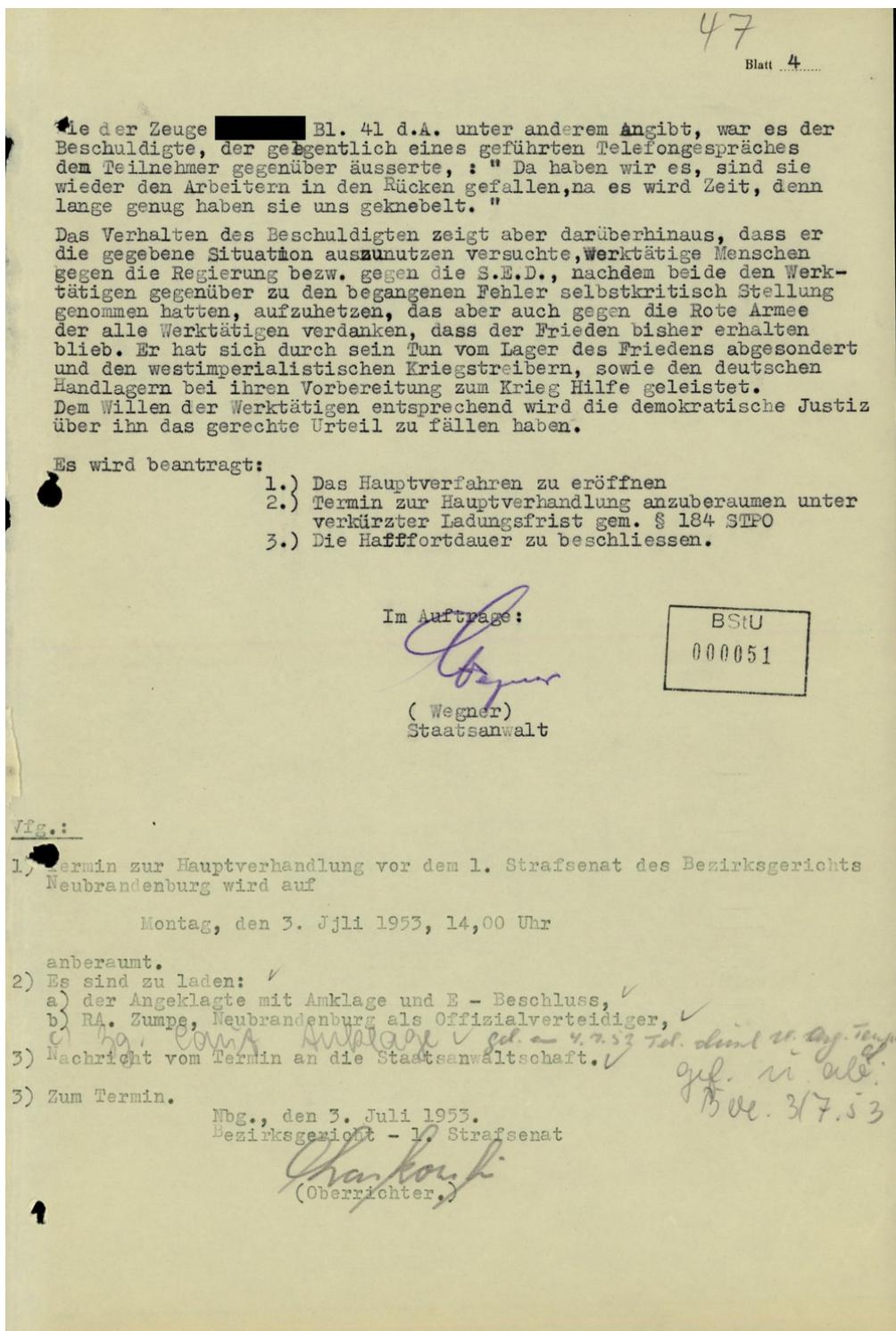
46
Blatt 3

sche Demokratische Republik zu stürzen versuchen. Dieser Tag X war für den 17.6.1953 geplant. In Westberlin wurden von dem Kaiser und Reuter systematisch Kriegsverbrecher, Militaristen und kriminelle Elemente zusammengefasst und mit Waffen, Schwefel- Phosphor und Benzinflaschen ausgerüstet. Diese zusammengefassten Banditen erhielten die Aufgabe die Arbeitsniederlegung ehrlicher Bauarbeiter durch Hitzelösungen in einer Demonstration gegen die Regierung zu verwandeln und dieser Demonstration durch Brandstiftungen, Plünderungen und Schiessereien den Charakter eines Aufruhrs zu geben. Das geschah nicht nur in Berlin, sondern das geschah auch an verschiedenen grösseren Orten des Gebietes der Deutschen Demokratischen Republik. Zur Auslösung dieser verbrecherischen Akte, benutzten die Feinde des Friedens die Misstimmung einiger Teile der Bevölkerung, die durch die Folgen der betriebenen Politik im letzten Jahr entstanden war. Nachdem die Regierung selbstkritisch zu den begangenen Fehlern Stellung nahm und verschiedene fehlerhaften Verordnungen im Interesse des Wohlergehens der Bevölkerung aufgehoben hatte, sahen die Kriegstreiber ihre Felle schwimmen und setzten den von ihnen bereits vor über einem Jahr geplanten Tag X für den 17.6.1953 fest. In den verschiedenen Städten wurden Konsum- und HO Läden zerstört und ausgeplündert, Häuser in Brand gesetzt, fortschrittliche Menschen terrorisiert, sowie Menschen zur Arbeitsniederlegung bestimmt. Auch der Beschuldigte hat diese Situation für notwendig angesehen, werktätige Menschen von ihrer Arbeit abzuhalten, bzw. sie zum Streik aufzufordern und dabei gegen die Regierung, SED und Sowjetunion zu hetzen.

Der Beschuldigte hatte durch verschiedene Angestellte des Postamtes von den Provokationen in Berlin gehört. Bei diesen Unterhaltungen hat man auch die Frage aufgeworfen, warum der Präsident Wilhelm Pieck nicht von sich hören lassen, bzw. wo er sich befindet. Der Beschuldigte gibt Bl. 19 d.A. zu, die gleiche Stellung eingenommen und Meinung vertreten zu haben, dass die Regierung sich fügen müsse, wenn die Arbeiter, die die Macht im Staate sind, nicht wollen. Zu einem gewissen [redacted] äussert er sich, dass es richtig sei, wenn die Arbeiter endlich aufgestanden sind, um sich von der Unterdrückung freizumachen. (siehe Bl. 22 d.A.) Wie der Beschuldigte Bl. 23 d.A. erklärt, meinte er mit der Befreiung aus der Unterdrückung, die Befreiung von der SED, da diese an den hohen Normen schuld sei und damit auch an der schlechten Lebenslage der Arbeiter. Dem Zeugen [redacted] gegenüber bekundete er mit Hinweis auf den Ausnahmezustand, dass niemand das Recht habe, die Arbeiter zur Arbeit aufzufordern, das durch den Ausnahmezustand die Regierung nicht mehr bestände und gesamtdeutsche Wahlen durchzuführen sind. Er vertrat auch die Ansicht, dass die Arbeiter, welche die Arbeit wieder aufzunehmen, den streikenden Arbeitern in den Rücken fallen. Durch den Zeugen [redacted] darauf hingewiesen, dass man doch die Forderung "Fort mit der Regierung" nicht stellen könne, da diese doch von den Arbeitern gewählt sei, äusserte der Beschuldigte, er habe sie nicht gewählt und die Wahl selbst, sei keine Wahl gewesen. In der weiteren Folge äusserte er sich dem Zeugen gegenüber, dass die Besatzungstruppen abziehen müssten, um endlich vernünftig leben zu können und dass die Sowjetsoldaten in Berlin die Arbeiter niederschiessen und man hier arbeiten solle. Durch den Zeugen [redacted] ermahnt, dass dies eine Lüge sei, antwortete der Beschuldigte: "Ja, hier ist sowieso alles Schwindel und Betrug." Dem Beschuldigten war daran gelegen, die verbrecherischen Provokationen faschistischer Elemente, die am 17.6.1953 im demokratischen Sektor Berlins stattfanden, auf seinen Dienstort zu übertragen. Einem gewissen [redacted], der kein Interesse zeigte, die Arbeit niederzulegen, brachte er, mit dem Zeigefinger an die Stirn fassend zum Ausdruck, dass er einen Vogel habe, wenn er weiter seiner Arbeit nachgehe.

BStU
000050

Anklageschrift gegen einen Postangestellten wegen "Boykotthetze" während des Volksaufstandes



Signatur: BArch, MfS, BV Neubrandenburg, AU, Nr. 76/53, Bd. 2, BL 48-51

Blatt 51